



Umweltstaatssekretärin Almut Kottwitz zum Tag der offenen Tür auf der ehemaligen Sonderabfalldeponie Münchehagen: „Sicherung der Altlast ist auch Musterbeispiel für Bürgerbeteiligung“

Die Geschichte der ehemaligen Sonderabfalldeponie Münchehagen in Rehburg-Loccum (Landkreis Nienburg) beschreibt einen beispiellosen Umweltskandal – einerseits, aber auch eine ebenfalls beispiellose Mediation andererseits. Denn im Fall „Sondermülldeponie Münchehagen“ fand das erste Mediationsverfahren im Bereich der räumlichen Planung überhaupt statt. Der Weg zur inzwischen gesicherten Altlast wurde jahrzehntelang von gezielten Vermittlungsbemühungen begleitet. „Aus der Widerstandsbewegung gegen die Erweiterung der Sondermülldeponie und der Forderung nach der Sanierung ist auch ein Musterbeispiel an Bürgerbeteiligung geworden“, sagte Umweltstaatssekretärin Almut Kottwitz am Freitag auf dem ehemaligen Deponiegelände. „Ich wünsche mir, dass sich andere daran ein Beispiel nehmen und sich auch in anderen Fällen mit einem Mediator an einen Tisch setzen.“

Die Gefahr für Mensch und Umwelt sei 30 Jahre nach der Schließung der illegal mit hochgiftigem Abfall gefüllten Gruben gebannt, so Kottwitz weiter. Gemeinsam mit der Samtgemeinde Niedernwöhren, den Städten Petershagen und Rehburg-Loccum sowie der Anwohnergemeinschaft lädt das Land Niedersachsen an diesem Freitag von 15 bis 19 Uhr zum Tag der offenen Tür ein. Interessierte Bürgerinnen und Bürger haben heute Gelegenheit, sich über die Historie, die durchgeführten Sicherungsarbeiten, die aktuelle Überwachung und die zukünftigen Perspektiven der gesicherten Altlast an der niedersächsisch-westfälischen Grenze zu informieren.

Münchehagen war 1983 weltweit in die Schlagzeilen geraten, weil die 41 aus Seveso verschwundenen Dioxin-Fässer auf der Deponie gelandet sein sollten. Gefunden wurden die Fässer nicht, allerdings wurde 1985 eine stark erhöhte Dioxin-Konzentration festgestellt. Mangels eines zahlungsfähigen Verursachers musste das Land Niedersachsen die zur Altlast gewordene Sonderabfalldeponie durch das Land Niedersachsen gesichert werden. In umliegenden Bächen, Wäldern und Wiesen wurden Giftspuren gemessen, es bestand die Sorge vor Krebserkrankungen. Ein Bericht einer Sonderkommission des Landeskriminalamtes belegte, dass die Deponie unter katastrophalen Bedingungen betrieben worden war: Die Kontrolle des angelieferten Mülls war schlampig, giftiges Wasser wurde in der Ils und einem naheliegenden Waldstück entsorgt. Auch den Behörden stellte die Kommission damals kein gutes Zeugnis aus.

Heute ist alles gesichert. „Der jüngste Statusbericht zu der nach Abschluss der Sanierung 2001 dauerhaft überwachten Deponie hat sehr gute Ergebnisse geliefert“, erklärt Jörg

Nr. 055/2014 Inka Burow Pressesprecherin Archivstraße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-3421 Mobil: 0163/8485883	www.umwelt.niedersachsen.de E-Mail: Inka.Burow@mu.niedersachsen.de
--	--	--

Rüdiger, Geschäftsführer der Niedersächsischen Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall (NGS). „Derzeit kann beruhigt auf die Altlast geschaut werden, aber dennoch wird der Zustand der Deponie wohl noch weitere Jahrzehnte beobachtet werden müssen“, ergänzt NGS-Experte Henning Schröder. Eine 1,26 Kilometer lange Dichtwand wurde um das Gelände gezogen und die Oberfläche abgedichtet. Gemessen wird, ob von den rund 500.000 Tonnen eingelagertem Sondermüll keine Schadstoffe in Wasser und Umgebung gelangen. Die Stilllegung der Sondermülldeponie nach 1983 kostete insgesamt rund 130 Millionen Euro.

Nr. 055/2014 Inka Burow Pressesprecherin Archivstraße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-3421 Mobil: 0163/8485883	www.umwelt.niedersachsen.de E-Mail: Inka.Burow@mu.niedersachsen.de
--	--	--